

Offene Worte

Zeitung der LINKEN für den Barnim Jan./Febr. 2022, 31. Jahrg.

Außer Spesen nichts gewesen?

Kinder und Jugendliche werden im Stich gelassen

Zwei Milliarden stecken im Paket „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“, davon 1 Milliarde für den Abbau von Lernrückständen, 70 Millionen für Kinder- und Jugendfreizeiten, außerschulische Jugendarbeit, Kinder- und Jugendhilfe sowie 220 Millionen Euro für Freiwilligendienste, Jugendsozialarbeit und zusätzlicher Sozialarbeit an Schulen. Gewaltige Summen – aber was heißt das konkret? Beispiel Schulsozialarbeiter:innen:

Bundesregierung: 2 Milliarden für Kinder und Jugendliche.

220 Millionen vom Bund an die Bundesländer für Schulsozialarbeit.

Brandenburg gibt Geld für 54 Stellen landesweit.

Barnim: 3 Sozialarbeiter:innen.

Landesschulamt weist 3 Sozialarbeiterstellen an Schulen in Eberswalde zu. Alle Stellen noch unbesetzt.

Einzelne Orte finanzieren selbst eine Stelle zusätzlich, Barnau zum Beispiel, in Werneuchen wurde das dagegen abgelehnt.

Sozialkompetenzen stärken, Wissensdefizite ausgleichen, das ist eine Möglichkeit, Kindern und Jugendlichen in dieser schweren Corona-Zeit unter die Arme zu greifen, wären mehr Sozialarbeiter:innen an den Schulen.

Als die Bundesregierung im Frühjahr letzten Jahres ihr Programm „Aufholen nach Corona“ angekündigt, hörte sich das gigantisch an: 2 Milliarden Euro! Endlich mehr Unterstützung für die Jüngsten. Aber schon in den Sommerferien scheiterte vieles gut Gemeintes an der Bürokratie. Ferienangebote, Lernangebote ... gegen die Kurzfristigkeit ließ sich nichts machen, aber die bürokratischen Hürden hatte das Brandenburger Bildungsministerium wieder einmal so hoch gesteckt, dass viele mögliche Träger kopfschüttelnd abwinkten. Im Endeffekt gab es im Barnim 6 Projekte für insgesamt 122 Kinder (siehe OW Online, 23. Juni 2021).

Nicht anders wirkt es bei den jetzt anvisierten Sozialarbeiter:innenstellen für die Schulen, die ebenfalls zu diesem Programm gehören. Im Endeffekt soll es im Barnim drei zusätzliche Stellen geben. Wohin? Darüber entschied das Landesschulamt ohne Beteiligung des Landkreises. „Die Grundschule am Schwärzensee und die Bruno-H.-Bürgel-Schule (Träger: Stadt Eberswal-

de), sowie die Goetheschule (Träger: Landkreis), können sich über jeweils eine:n Sozialarbeiter:in freuen“, berichtet Margitta Mächtigt, Kreistagsabgeordnete der LINKEN und Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses des Landkreises. Dieser Ausschuss wurde im Dezember darüber informiert. „Da das Brandenburger Bildungsministerium erst im Oktober eine Richtlinie dazu erlassen hatte, konnten die Stellen bisher von den Schulträgern noch nicht besetzt werden“, erklärt Mächtigt. Es ist gut, dass diese Schulen Unterstützung erhalten. Aber für alle übrigen Schulen heißt es: Entweder „investieren“ die Städte und Gemeinden selbst, oder es gibt keine zusätzliche Unterstützung. Arme Gemeinde, arme Schüler:innen?

DIE LINKE engagiert sich auf allen Ebenen für mehr Schulsozialarbeiter:innen. Mal mit Erfolg: Barnau finanziert bereits seit 2021 eine eigene Stelle. Mal ohne Erfolg: In Werneuchen wurde ein überfraktioneller Antrag abgelehnt. „Das Land muss sich mehr engagieren, weil die Stellen auch nur für 2 Jahre befristet sind“, erklärt Sebastian Walter, Fraktionschef der LINKEN im Landtag. Er fordert eine Kofinanzierung des Landes für weitere Stellen. „Brandenburg darf die Schüler:innen, Familien und Kommunen mit den Corona-Folgen nicht allein lassen.“ *bc*

In dieser Ausgabe

Gedenken an die Opfer von Holocaust und Nazi Herrschaft:

Eberswalde, Wandlitz, Barnau, Panketal: Gedenken im Barnim **2**

„Rund um die Schorfheide?“

Wo liegt „Deutschlands schönster Wanderweg“? Stimmen Sie ab! **3**

„Gas- und Strompreise müssen reguliert werden“

Barnaus Bürgermeister André Stahl im Interview über Energiediscounter und die Versorgung durch die Stadtwerke. **3**

„Eberswalde ist bunt und im Herzen gut“.

Programm zur Bürgermeisterwahl am 13. März 2022 des Bündnisses #die eine für alle: Steffi Schneemilch, unterstützt von DIE LINKE und Bündnis90/Die Grünen. **4**

Die Eine für alle:

Wer ist Steffi Schneemilch? Die 41-jährige will Bürgermeisterin in Eberswalde werden. **5**

Wer entscheidet eigentlich, wann und wie oft der Bus fährt?

Barnauer LINKE luden zu einem Gespräch mit der Barnimer Busgesellschaft. **6**

LINKE in Werneuchen:

Unterstützung für Kinder und Familien während der Corona-Pandemie. **6**

Geht ein Gespenst um in Brandenburg?

Ist Enteignung für soziale Zwecke richtig? **7**

OW Online:

immer mittwochs und sonntags

auf: www.dielinke-barnim.de
oder Facebook:
[Facebook.com/dielinke.barnim](https://www.facebook.com/dielinke.barnim)



Spendenkonto Offene Worte

DIE LINKE Barnim,
IBAN: DE33 1705 2000 3120 0514 29,
BIC: WELADED1GZE;
Verwendungszweck: Spende OW.
Alle Spenden werden nur für Druckkosten verwendet; Spendenquittung zu Beginn des nächsten Jahres

Gedenken an die Opfer von Holocaust und Nazi Herrschaft

Am 27. Januar im Barnim: Nein zu Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus



In Bernau am Mahmal auf dem Bahnhofsvorplatz mit Bürgermeister André Stahl (Bildmitte).



Am Stolperstein von Karl Schweitzer in Schönwalde mit Ortsvorsteherin Gabriele Bohnebeck, Isabelle Czok-Alm, Kreisvorsitzende der LINKEN, Frau Schmid-Rathjen für die Gemeinde Wandlitz und dem Bürgerverein Wandlitz.



Am 27. Januar 1945 wurde das Vernichtungslager Auschwitz von der Roten Armee befreit. Daraus resultiert der offizielle Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus. Im Barnim wurde ihrer gedacht.

Links: In Eberswalde auf dem Karl-Marx-Platz.

Rechts: In Panketal sprach Walter Seger, Buchautor „Die jüdischen Bewohner in Zepernick 1933 – 1945“, erinnernde Worte. Zum Gedenken hatten SPD, LINKE und Bündnis90/Die Grünen in Panketal aufgerufen.

Fotos: rc (3), isi (2), mw



Kontakte zur LINKEN im Barnim und Sitzungstermine

Sitzungen der Fraktionen und Vorstände der LINKEN im Barnim sind grundsätzlich öffentlich, Gäste willkommen.

Aufgrund der Corona-Pandemie können Termine kurzfristig abgesagt oder verschoben werden. Bitte informieren Sie sich vorab.

Kreisvorstand: 8. Februar, 15. März, 18 Uhr, zurzeit per Videokonferenz, Kontakt: info@dielinke-barnim.de

Links-Eck Eberswalde: Heegermühler Str. 14, 16225 Eberswalde, Tel.: 03334-236987, Mail: eberswalde@dielinke-barnim.de

Bürgerzentrum Bernau: Berliner Str. 17, 16321 Bernau, Tel.: 03338-5881, Mail: bernau@dielinke-barnim.de

Regionalgruppe Cuba sí: E-Mail: bernau@cuba-si.org **[*solid]:** E-Mail: solid-barnim@web.de

Wahlkreisbüro des Landtagsabgeordneten Sebastian Walter:

Tel.: 03334-385488, Fax: 03334-385489 im: Bürgerzentrum Eberswalde, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, E-Mail: buero.sebastian.walter@mdl.brandenburg.de, Mo: 9 bis 16 Uhr, Do: 10 bis 17 Uhr

Fraktionen und Ortsverbände in den Städten und Gemeinden:

Kreistagsfraktion: Tel.: 03334-236986 E-Mail: kreistagsfraktion@dielinke-barnim.de. Die Kreistagsfraktion der LINKEN trifft sich zurzeit Online, 14. Februar, 7. März, 18 Uhr, Kreistag: 14. März, 17 Uhr, Stadthalle Eberswalde, Am Alten Walzwerk 1

Eberswalde: Stadtvorstand: 2. März, Bürgerbüro, Heegermühler Straße 15.

Stadtfraktion: Sitzungen zurzeit nur Online. Anfragen bitte an Tel.: 03334-236987, E-Mail: Eberswalde-fraktion@dielinke-barnim.de; Stadtverordnetenversammlung: 22. Februar, 18 Uhr, Stadthalle „Hufeisenfabrik, Am Alten Walzwerk 1, Eberswalde

Bernau bei Berlin: Stadtvorstand: 1. Montag im Monat, 18 Uhr im Bürgerzentrum Bernau;

Stadtfraktion: Sitzungen zurzeit nur Online, Kontakt per E-Mail: fraktion-bernau@dielinke-barnim.de, Tel.: 03338-907252/Fax: 03338-907251; Stadtverordnetenversammlung: 24. Februar, 16 Uhr, Rathaus Bernau, Bürgermeisterstraße 1

Panketal: Ortsverband: Mail: panketal@dielinke-barnim.de; Fraktion, Kontakt: ines@pukall.eu,

Fraktion: 8. Februar, 15. März, Gemeindevertretersitzung: 22. Februar, jeweils 19 Uhr, Rathaus Panketal, Schönower Str. 105

Wandlitz: Ortsverband: jeder 2. Mittwoch im Monat; Tel.: 0178-9700577; E-Mail: wandlitz@dielinke-barnim.de; Fraktion: 3. März, Gemeindevertretersitzung: 10. Februar, 17. März Sport- und Mehrzweckhalle Wandlitz.

Werneuchen: Tel.: 0173-2478237; Mail: alexanderHorn-Werneuchen@web.de;

Ortsverband: 4. März, Stadtfraktion: 24. Februar, Stadtverordnetenversammlung: 31. März

Ahrensfelde: Tel.: 0173-2478237, Mail: alexanderHorn-Werneuchen@web.de;

Fraktionssitzung: 17. Februar, 17. März; online

Gemeindevertretersitzung: 21. Februar, 17 Uhr im Großen Saal des Ortsteilzentrums Ahrensfelde

Biesenthal: Ortsverband: Mail: biesenthal@dielinke-barnim.de; Fraktionssitzungen: Online,

Stadtverordnetenversammlung: 17. März, 19 Uhr, Grundschule am Pfefferberg, Bahnhofstraße 9-12

Schorfheide: Ortsverband: jeden 1. Donnerstag im Monat, 19 Uhr, Monis Mühlenbistro, Hauptstraße 129, 16244 Finowfurt, Gemeindevertretersitzung: 23. Februar

Chorin: Gemeindevertretersitzung: 24. Februar

Impressum

Herausgeber:

Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN

Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Tel.: 03334-22026, Fax: 03334-385489

E-Mail:

offeneworte@dielinke-barnim.de

Redaktion: Petra Bochow (pb), Berit Christoffers (bc), Matthias Holz (mh), Wolfgang Krafczyk (wk), Lutz Kupitz (lk), Margitta Mächtig (mm), Hans-Jürgen Müller (hjm), Sebastian Walter (ViSDP/sw),

Druck: Druckerei Gottschalk

Auflage: 24.000

nächster Redaktionsschluss:

14. Februar 2022

nächster Erscheinungstermin:

9. März 2022

Online-Ausgaben:

mittwochs und sonntags auf www.dielinke-barnim.de

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. OW entscheidet über die Veröffentlichung eingesandter Zuschriften und kann diese Sinn während kürzen.

download als pdf-Datei:

www.dielinke-barnim.de alle archivierten Zeitungen vorhanden. oder direkt:



„Rund um die Schorfheide“

Die 135 Kilometer lange Strecke befindet sich in der Endauswahl für „Deutschlands schönste Wanderwege“: Stimmen Sie mit ab! Kreistagsfraktion LINKE/Bauern diskutiert über künftige Ausrichtung des Tourismus im Barnim

Von Ralf Christoffers,
Kreistagsabgeordneter

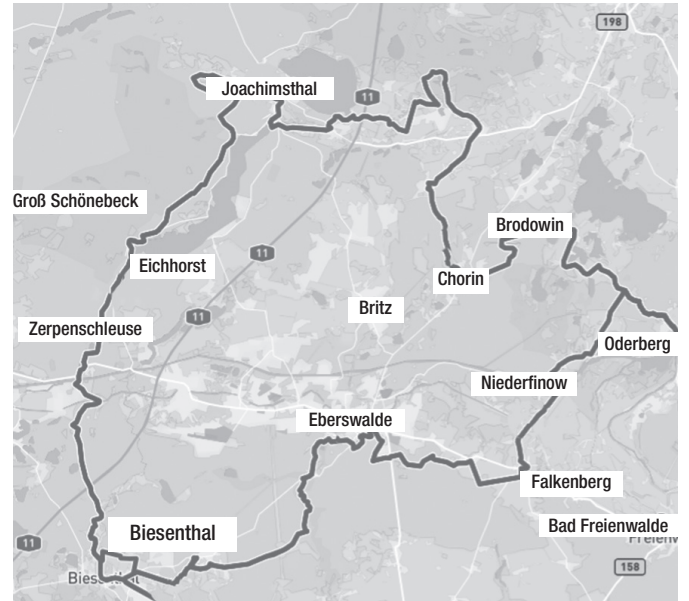
Soll ein „Schönster Wanderweg Deutschlands“ im Barnim liegen? Wenn ja, dann stimmen Sie doch mit ab! Denn der Wanderweg „Rund um die Schorfheide“ ist mit neun anderen mehrtägigen Wanderwegen für die Endauswahl nominiert. Seit dem 3. Januar kann abgestimmt werden (siehe Bildtext) Auf dem 135 Kilometer langen Rundweg können verschiedene Etappen zurückgelegt werden, zum Beispiel von Biesenthal über Eichhorst nach Joachimsthal, von Chorin über Brodowin nach Oderberg, von Niederfinow nach Eberswalde.

Für den schönsten Wanderweg bedarf es nicht nur der Natur. Infrastruktur und touristische Angebote sind notwendig. Das ist eine Aufgabe für den Landkreis mit seiner Wirtschafts- und Tourismusedwicklungs-GmbH (Wito). Am 24. Januar nahm der neue Geschäftsführer der Wito, Herr Sku-

delyn an einer digitalen Beratung der Kreistagsfraktion der LINKEN/Bauern teil. In der Sitzung ging es um die Anforderungen an die Tätigkeit der Wirtschaftsförderung im Landkreis. Digitalisierung, Energiewende, Flächenbedarf für Ansiedlungen, Bestandssicherung von Unternehmen und Arbeitsplätzen in der Pandemie, die neue Förderperiode der Europäischen Union und der Tourismus in der Region waren Themen der Diskussion.

Zur Thematik Tourismus wurde 2021 unter Mitwirkung der Kreistagsfraktion der LINKEN/Bauern ein Gutachten zur Situation im Barnim erstellt. Welche Potentiale können wir nutzen, welche Aufgaben zum Beispiel in der Information, der Gästebetreuung, der Werbung, welche Stärken und Schwächen gibt es in Gastronomie und Hotellerie, wer sind die Zielgruppen im Tourismus, wer löst im Kreis welche Aufgaben, wie können sie finanziert werden, wel-

Wer „Rund um Schorfheide“ zum schönsten Wanderweg Deutschlands wählen will, kann hier abstimmen: <https://wandermagazin.de/wahlstudio-oder-direkt>:



che Konflikte gibt es, woher kommen die Besucher waren Bestandteil der Untersuchungen. Die Studie ist vom Kreistag zur Kenntnis genommen, eine Umsetzung der Ergebnisse wird

in diesem Jahr zwischen Akteuren wie der Wito, dem Kreis, den Kommunen, den Tourismusinformativstellen in den Gemeinden diskutiert.

„Gas- und Strompreise müssen reguliert werden“

Bernaus Bürgermeister André Stahl verurteilt das Geschäftsgebahren der Energiediscounter und setzt weiter auf die Versorgung der Bevölkerung und Unternehmen durch die Stadtwerke

14 Tage lang konnten die Stadtwerke im Januar keine Neukunden aufnehmen und setzten Wahltarife aus. Seit 22. Januar nun sind Neukunden wieder willkommen, können Tarife wieder gewählt werden, wenn auch zu höheren Konditionen als zuvor. Für Bestandskunden ändert sich nichts.

Was passiert hier, Herr Bürgermeister André Stahl?

Mit der Liberalisierung der Energiemärkte seit 1998 sind solche Geschäftsmodelle erst möglich geworden: Discounter im Energiebereich, die auf einen kurzfristig-spekulativen Einkauf setzen und damit hohe Gewinne erzielen. Da dies bei den jetzigen Preisen an den Energiebörsen nicht mehr lukrativ ist, kündigen sie einfach ihre Verträge. Für die Versorgung der Bevölkerung mit Strom sind sie nicht zuständig. Das sind die Grundversorger, sie dürfen rechtlich keinen Haushalt ablehnen. DIE LINKE hat sich übrigens damals gegen die Liberalisierung stark gemacht, hat genau davor gewarnt, was nun eintritt: Preise für lebenswichtige Bereiche dürfen nicht vollständig dem Markt überlassen werden.

Was bedeutet das für Stromkunden, die ihren Versorger verlieren?

Für die Grundversorgung mit

Strom müssen die so genannten „Grundversorger“ einspringen. Das sind die Energielieferanten mit den meisten Haushaltskunden im Netzgebiet, in der Bernauer Region sind das die Stadtwerke. Sie haben deshalb angekündigt, dass dieses unseriöse Verhalten sie zum Neukundenstopp zwingt. Sie tun aber alles, um die Versorgung zu gewährleisten.

Solange viel Geld damit erwirtschaftet werden kann, locken Billiganbieter Kunden an, sobald die Gewinnerwartung zurückgeht, steigen sie aus. Was halten Sie davon?

Die Bundesregierung, egal ob CDU- oder SPD-regiert, setzte bisher auf den Markt. Die Leistungsfähigkeit der Unternehmen wird nicht geprüft. Solide Unternehmen, die langfristig wirtschaften, zahlen die Zeche – und im Endeffekt die Verbraucher:innen.

Ist das nicht Aufgabe der Bundesnetzagentur, die die Genehmigung für die Stromhändler erteilt?

Ja, sie hat total versagt. Aus meiner Sicht müsste sie einen Nachweis verlangen, wie die Versorgung von einem Anbieter gewährleistet werden wird, wie seine finanzielle Basis ist, wie Stromreserven eingekauft werden. Das tun sie aber nicht. Statt dessen müssen nun Unternehmen wie

unsere Stadtwerke dafür gerade stehen.

Ist die Versorgung mit Strom durch die Stadtwerke gewährleistet?

Ja. Die Stadtwerke arbeiten langfristig, sie decken sich immer für etwa zwei Jahre mit Strom ein und können deshalb über einen solchen Zeitraum die Preise stabil halten. Allerdings wird das Gefüge natürlich ins Wanken gebracht, wenn Kund:innen in großer Anzahl von Billiganbietern zum Grundversorger wechseln müssen. Ihr Verbrauch war ja beim Ankauf nicht eingeplant. Aber die Stadtwerke werden die Grundversorgung auffangen.

Auch die Gaspreise schnellen in die Höhe. Ist hier eine ähnliche Entwicklung zu erwarten?

Hier wird die Verknappung von Gas zum Problem. Wenn die Bundesregierung mit ihrer Androhung, die



Bernau's Bürgermeister André Stahl

Lieferung von Erdgas aus Russland über die Ostsee-Pipeline Nordstream 2 nicht zu genehmigen, Ernst macht, wird es schlimmer. Hier wird die Erdgasabnahme als Waffe eingesetzt – mit allen finanziellen Konsequenzen für Verbraucher:innen und auch Unternehmen. Denn auch auf die Kosten ihrer Produkte würden sich steigende Energiepreise natürlich auswirken. Ob sich für manche dann noch die Produktion lohnt, steht in den Sternen. Deshalb muss die Bundesregierung die Strom- und Gaspreise stärker regulieren. Foto: bc

„Eberswalde ist bunt und im Herzen gut“

Schwerpunkte zur Bürgermeister:innenwahl 2022 in Eberswalde am 13. März:
Vom Bündnis #dieeine für alle: Steffi Schneemilch.

Liebe Eberswalderinnen und liebe Eberswalder, liebe Menschen aus Finow, Tornow, Spechthausen, der Clara-Zetkin-Siedlung und Sommerfelde!

In welcher Stadt leben wir?

Eberswalde ist alt, jung, arm, reich, rechts, links, religiös und eben auch nicht, laut, leise, wortkarg, freundlich, homo und hetero und noch viel viel mehr. Eberswalde ist bunt und im Herzen gut. Deshalb lohnt es sich, für Eberswalde da zu sein. Das werde ich.

Kitaplätze? Schulen? Ärztinnen und Ärzte? Wohnen? Das sind die derzeit größten „Baustellen“. Diese Baustellen müssen zukunftsgerichtet (!) gedacht werden, sodass Wachstum auch gestaltet werden kann. Nicht rückblickend im „Feuerwehrmodus“. Wachstum muss nicht auf uns zurollen oder uns überrollen. Wachstum will ich gestalten.

Enkeltauglichkeit ist der Gedanke, an dem ich meine Ideen messen werde. Mit ihr formt man den sozialen und ökologischen Wandel in Eberswalde.

Und was ist Enkeltauglichkeit?

Alle Entscheidungen, die wir jetzt treffen, müssen für die Zukunft unserer Kinder und Enkel „tauglich“ sein. Sozial, ökologisch und ökonomisch. Wir tragen Verantwortung für die folgenden Generationen. Und wir müssen die Probleme der jetzigen Generationen lösen.

Darüber hinaus ist Digitalisierung in jedem Thema eine selbstverständliche Querschnittsaufgabe. Digitalisierung soll Menschen mitnehmen, nicht zurücklassen.

Meine Kernthemen habe ich im ausführlichen Programm auf meiner Internetseite beschrieben. Hier die griffige Kurzfassung.

Steffi Schneemilch
Bürgermeisterkandidatin

Ausführlich finden Sie alle Kernthemen in einem Lang-Programm auf:
<https://www.steffi-schneemilch.de/>
oder direkt:



die
eine
Stadt.

**Ankommen,
bleiben,
leben.**

Eberswalde ist ein Ort für Menschen. Sie sind Maß und Ziel meiner Ideen.

- ▶ Sozialquote im Wohnungsneubau von 30 Prozent
- ▶ Millieuschutzgebiete ausweisen
- ▶ Kein Verkauf städtischer Grundstücke
- ▶ Entwicklung eines Innenentwicklungskatasters
- ▶ Verbindung von Wohnen und Gewerbe ermöglichen, neue Wohnkonzepte fördern, alte Flächen und Gebäude

die
eine
Gesellschaft.

WIR meint WIR ALLE!

Wir - das meint Gesellschaft in ganzer Vielfalt. Wie schafft man Akzeptanz und fördert Gemeinschaft? Indem Begegnungsorte auf Augenhöhe geschaffen werden (Vereine, Initiativen usw.).

- ▶ Das Bürgerbudget muss allen zugutekommen
- ▶ Ansprechbare Bürgermeisterin außerhalb des Rathauses – nicht nur für Bürger:innengespräche. Klingt zu einfach? Warten Sie ab, bis wir uns in Ihrer Mittagspause treffen, ohne dass ein „Bändchen irgendwo durchgeschnitten wird“ oder die Presse dabei ist.
- ▶ Bürgerräte einberufen
- ▶ Konzepte für generationenübergreifendes Lernen
- ▶ Engagement orientierte Personalentwicklung in der Stadtverwaltung

die
eine
Zukunft.

**Ein Ort für
Mensch &
Natur.**

Klimaschutz bedeutet für mich „durchatmen“ und Aufenthaltsqualität. Freie und sichere Entfaltung, Bewegung und Mobilität - auch nicht motorisierter Verkehrsteilnehmer:innen.

- ▶ ÖPNV und O-Bus als wichtige Infrastruktur
- ▶ Autofreie Friedrich-Ebert-Straße als Modellprojekt
- ▶ Ausbau Radverkehrsinfrastruktur, Unfallschwerpunkte kennzeichnen
- ▶ Dachkataster für die Nutzung von PV-Anlagen
- ▶ Abwärme des Holzkraftwerkes nutzbar machen (Möglichkeit proaktiv prüfen)
- ▶ PV-Balkonmodulen in Mietwohnungen
- ▶ Schutz von Stadtwald/Stadtgrün/Stadmooren
- ▶ Bar-Share-Lastenrad-Standorte kommunal ausbauen
- ▶ Vermeidung von Bodenversiegelung

die
eine
Chance.

**Bildung
und Kultur
für jede
Generation.**

Mein Ziel ist es die Bildungsgerechtigkeit in Eberswalde anzupacken. Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Davon müssen alle Generationen profitieren.

- ▶ Kita-Plätze schaffen!
- ▶ Bau einer Grundschule

- ▶ Sozialarbeit an Grundschulen ausbauen
- ▶ Bündnis für Familie stärken
- ▶ Orte für Begegnung in allen Stadtteilen schaffen
- ▶ Medizinischer Unterversorgung entgegenwirken
- ▶ Jugendclub in Stadtmitte

die
eine
Wirtschaft.

**Ist das,
was wir draus machen –
Wirtschaften für die Zukunft.**

Die Vermeidung von neuen Ungerechtigkeiten spielt die Hauptrolle. Gute Wirtschaft braucht dafür attraktive Rahmenbedingungen. Eberswalde soll Vorbild sein als Akteurin, Arbeitgeberin und Innovatorin.

- ▶ Stelle im Rathaus für Vernetzung des (Einzel-)Handels
- ▶ Schaffung nachhaltiger Gewerbeflächen
- ▶ Gründungskultur fördern
- ▶ Tarifbindung in städtischen Unternehmen, Vergaben für Bauleistungen in kleinen Losen, Schaffung regionaler Arbeits- und Ausbildungsplätze
- ▶ Ansiedlung Lebensmittelverarbeitung: regionale Bio-Lebensmittel-Erzeuger:innen suchen einen Betrieb, der diese Lebensmittel für Kita-, Schulessen weiterverarbeitet. So werden regionale Wertstoffkreisläufe lebendig.
- ▶ Finowkanal: Welche Flächen für welche Nutzung? Wohnen, arbeiten, leben am Wasser ist Lebensqualität. Aber der Kanal ist auch Natur, die es zu schützen gilt.



Fotos: b.hop



Die eine für alle

Steffi Schneemilch will
Bürgermeisterin
in Eberswalde werden.

DIE LINKE unterstützt die Kandidatur
für die Wahl am 13. März 2022.



#dieeine Frau für dieses Amt. Wer bin ich eigentlich?

Kann man ‚bürgermeistern‘ lernen?

Nein. Es gibt weder eine Berufsausbildung noch ein Studium. Deswegen sollten Sie prüfen, welche Fähigkeiten jemand mitbringt, der sich um dieses Amt bewirbt.

Die harten Fakten (ein Auszug)

- ▶ Master in Kommunalwirtschaft, HNE Eberswalde
- ▶ Dipl.-Kffr. für Betriebswirtschaftslehre FH, HTW Berlin
- ▶ Werbekauffrau (IHK)
- ▶ ehrenamtlich politisch aktiv seit 2013, seit 2019 gewähltes Mitglied des Kreistages Barnim (Jugendhilfeausschuss als stellvertretende Vorsitzende, davor sachkundige Einwohnerin im Ausschuss für Territorialplanung, Bauen und Wohnen, Gewerbe und Wirtschaft, Beirat des Jobcenters Barnim, ehemaliges Mitglied im Verwaltungsrat der Sparkasse)

Steffi Schneemilch.

- ▶ geboren am 05. Mai 1981 in Eberswalde-Finow
- ▶ aufgewachsen in Lichter-

felde und dort, in Finowfurt und Eberswalde (Abitur) die Schulzeit absolviert

- ▶ seit 2007 lebe ich in einer bunt zusammengewürfelten Familie – man nennt das wohl Patchwork – inklusive vier Kindern
- ▶ Mutter eines 10-jährigen Sohnes
- ▶ seit 2015 verheiratet mit dem Vater dieser ganzen Kinderschar

Was macht mich aus?

Ein fester Wertekompass und eine klare Haltung gegen Ausgrenzung, Rassismus und Diskriminierung. Die Starken helfen den Schwachen, die Großen helfen den Kleinen. Das ist die einfachste Umschreibung für Solidarität, die mir einfällt.

Wählen Sie am 13. März 2022:

Steffi Schneemilch zur Bürgermeisterin von Eberswalde



Wer entscheidet eigentlich, wann und wie oft der Bus fährt, wo es Bushaltestellen gibt?

Die Stadtfraktion der LINKEN Barnau lud die Barnimer Busgesellschaft zum Gespräch ein: Hauptsächlich ging es um die Busanbindungen der Stadt, aber auch um Projekte im Landkreis

Von Wolfgang Krafczyk

Die Bernauer Stadtfraktion der LINKEN hatte für den 17. Januar zu einer öffentlichen Fraktionssitzung in die Rotunde der Gesamtschule eingeladen. Rund 40 Bürger:innen waren der Einladung gefolgt.

Nach der Begrüßung durch den Fraktionsvorsitzenden Dominik Rabe umriss Bürgermeister André Stahl (DIE LINKE) die Anstrengungen der Stadtverwaltung, den wachsenden Herausforderungen durch den Zuzug vieler neuer Bürger:innen und der notwendigen Verkehrswende gerecht zu werden. Man arbeite an einem entsprechenden Konzept. Neben dem Busverkehr wolle man den 10-Minuten-Takt für die S-Bahn.

Herr Wruck, Geschäftsführer der Barnimer Busgesellschaft (BBG), erläuterte an Hand einer Präsentation ausführlich die Arbeit seines Unternehmens. Rund 8 Millionen Fahrkilometer werden jährlich durch die Busse der Gesellschaft im Auftrag der Landkreise – neben dem Barnim auch Märkisch-Oderland, geleistet. 400 bis 500.000 Fahrgäste werden dabei bedient. Zu den laufenden Projekten gehören unter anderem die Erweiterung des Betriebshofes in Barnau, des größten neben denen in Eberswalde und Bad Freienwalde, der weitere Ausbau der Fahrleitungen für die O-Busse in Eberswalde, die Einrichtung einer

zentralen Leitstelle, die Entwicklung eines Konzepts für den Einsatz der Fahrzeuge auf „Abruf“ für abgelegene Gebiete und nicht zuletzt die angestrebte „Antriebswende“, also den schrittweisen Ersatz von Diesel durch erneuerbare Energieträger.

Der auf Initiative der Linksfraktion im Kreistag gefasste Beschluss, allen Schüler:innen, die im Landkreis Barnim wohnen, eine für sie kostenfreie Schülerbeförderung für den Weg zwischen Wohnung und Schule (Wegfall der Mindestentfernung) ab dem Schuljahr 2022/2023 anbieten zu können, erfordere zudem den Einsatz von 6 zusätzlichen Fahrzeugen. Damit könne aber auch der Stadtverkehr in Barnau verdichtet werden.

Zum „Blick in die Zukunft“ gehöre nach Aussage von Herrn Wruck die Anbindung des Venusbogens und des Ladeburger Dreiecks sowie der Spätverkehr nach 22 Uhr.

In der anschließenden Diskussion formulierte Moderator und Stadtverordneter Matthias Holz zuvor an ihn per E-Mail eingereichte Fragen und auch das Publikum beteiligte sich rege. So wurde Kritik an fehlenden bzw. auch ungünstig platzierten Bushaltestellen geäußert. Zudem seien einige noch immer nicht behindertengerecht, ein Thema, dass DIE LINKE schon seit vielen Jahren verfolgt. Bürgermeister Stahl sagte eine weitere Prüfung zu.



Coronakonforme öffentliche Debatte am 17. Januar: Dominik Rabe, Fraktionsvorsitzender der LINKEN in Barnau, André Stahl, Bürgermeister in Barnau, Matthias Holz, Moderator und Stadtverordneter und Herr Wruck, Geschäftsführer der Barnimer Busgesellschaft. Foto: Ines Pukall

Die Barrierefreiheit in den Bussen wurde angemahnt. Nach Auskunft von Herrn Wruck sei das bargeldlose Bezahlen in Bussen „in Arbeit“. Dies könnte auch die Einführung eines Kurzstreckentarifs ermöglichen.

Überhaupt müsse nach Ansicht einiger Gäste die Information der Fahrgäste über die Streckenführung, die Schnittpunkte mit anderen Buslinien und die Anschlusszeiten verbessert werden. Kritik wurde auch hinsichtlich der Gültigkeit der Fahrtickets geäußert. Die Stadtfraktion der LINKEN kündigte an, die Einführung eines „Barnim-Passes“ zu initiieren.

Dass besonders der Busverkehr

weiter an Bedeutung gewinnen wird, betonte abschließend noch einmal Bürgermeister André Stahl. Die Stadt habe als Mittelzentrum Bedeutung für das Umland. Durch neue Parkhäuser wolle man den Individualverkehr im Stadtzentrum begrenzen. Dies muss mit dem Ausbau des ÖPNV einhergehen. Klimaschutz und Mobilität müssen keinen Gegensatz bilden.

Die Veranstaltung wurde aufgezeichnet, das Video dazu ist nun auf YouTube zu finden unter:

<https://www.youtube.com/watch?v=ymcf3Q0a7wg> oder direkt:



LINKE in Werneuchen: Unterstützung während Corona-Pandemie für Kinder und Familien nötig

Stadtfraktion mit sozialen Anträgen/Akzeptanz für Entscheidungen der Ortsbeiräte

Schulsozialarbeiter:in

Eine:n Schulsozialarbeiter:in wollten die Fraktionen von SPD, WiW und LINKE auf Stadtkosten in Werneuchen einstellen. „Denn die großen Verlierer der Coronapandemie waren und sind die Familien und hier im Besonderen die Kinder“, begründete der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Alexander Horn, den Antrag. Mit dem Beginn der Pandemie habe eine ungewisse Zeit für Schüler:innen begonnen. Deshalb könne die Stadt mit eine:r Schulsozialarbeiter:in den Schüler:innen unterstützend unter die Arme greifen: „Als Ansprechpartner:in oder Unterstützer:in bei schulischen Problemen, bei der Entwicklung und Stärkung der Persönlichkeit der Kinder oder bei der Entwicklung

von sozialen Kompetenzen wäre ein:e Schulsozialarbeiter:in eine echte Hilfe“, begründet Horn. Trotz beantragter namentlicher Abstimmung lehnte die Stadtverordnetenversammlung den Antrag aber mit knapper Mehrheit kurz vor Jahresende ab.

Solarpark Hirschfelde

In Hirschfelde geht es um die Errichtung eines Solarparks. Da Hirschfelde ein Ortsteil der Stadt Werneuchen ist, muss sich mit der erforderlichen Änderung des Flächennutzungsplanes die Stadtverordnetenversammlung in Werneuchen beschäftigen, und zwar bereits zum zweiten Mal. „Beim ersten Beschlussantrag gab es keinen Rückhalt im Ortsbeirat Hirschfelde“, erklärt Fraktionschef Alexander Horn.

Deshalb habe DIE LINKE im April 2021 auch dagegen gestimmt. „Nach einer Informationsveranstaltung des Investors erhielt das Vorhaben nach marginalen Änderungen aber die Zustimmung im Ortsbeirat Hirschfelde. Deshalb wollen wir ein Vorhaben, das im Ortsteil gewünscht wird, nicht blockieren“, erklärt Horn. DIE LINKE hat sich deshalb in der Stadtverordnetenversammlung am 18. Dezember der Stimme enthalten.

Essengeldsatzung erhöht

Seit Januar gilt in Werneuchen eine neue Essengeldsatzung. Die Gebühren wurden um 21 Cent auf 4,20 Euro pro Kind pro Essen erhöht. „Schon Jahre bevor der gesetzliche Mindestlohn 2015 Wirklichkeit wurde, forderte DIE LINKE die Einfüh-

rung desselben. Er hat für viele Beschäftigte Verbesserungen gebracht“, erklärt Alexander Horn. „Deshalb sind wir der Meinung, dass die Folgebelastungen mit einer moderaten Gebührenerhöhung in Ordnung sind“. Die Stadtverordnetenversammlung hat dies beschlossen.

Keine Luftfilter für die Schule

„Die Stadtverwaltung in Werneuchen hatte eingeschätzt, dass Luftreinigungsanlagen für die Schulen und Kitas in der Stadt nicht förderfähig wären“, berichtet Alexander Horn. Deshalb hatten LINKE, SPD und WiW beantragt, dass Werneuchen selbst 84.000 Euro in Luftfilter für Kitas und Schulen investiert. Dies wurde abgelehnt. **bc**

Geht ein Gespenst um in Brandenburg?

Wenn DIE LINKE „Enteignung“ thematisiert, denken viele gleich an verstaatlichte Betriebe und Bodenreform. Dabei wird in Deutschland regelmäßig enteignet: Für Wärmeversorgung, Straßenbau. Ist Enteignung auch für soziale Zwecke richtig? DIE LINKE stellte einen Antrag im Landtag.

Am 20. Januar beantragte DIE LINKE im Landtag, dass die Landesregierung das landeseigene Enteignungsgesetz überprüft, ob auch zur Sicherung von Gesundheit und Wohlfahrt, von Bildungs-, Wissenschafts- und Sportinfrastruktur eine Enteignung möglich sein kann.

Hintergrund dieses Antrages war ein Eklat im Potsdam. Dort erhielten am 28. Oktober 111 hochbetagte Bewohner:innen der Josephinen-Wohnanlage die Kündigung ihrer Wohnung „zum nächstzulässigen Zeitpunkt“. Verantwortlich dafür ist die Soziale Grundbesitzgesellschaft Potsdam mbH (SSG), die zu der deutschlandweit im Pflegesektor aktiven MK-Kliniken AG gehört. „In den Kündigungsschreiben hieß es“, erläutert Sebastian Walter, Fraktionschef der LINKEN im Landtag, „dass das seniorengerechte Wohnen in der Anlage künftig nicht mehr angeboten werde.“ Das 10-stöckige Haus liegt direkt an der Havel in der Potsdamer Innenstadt. Es solle einer „rentableren Nutzung“ überführt werden, das stehe im Geschäftsbericht der MK-Kliniken, erklärte Isabelle Vandrey, Landtagsabgeordnete der LINKEN in der Aussprache im Landtag.

Um zu verhindern, dass die Senior:innen ihren Wohnraum verlieren, hat sich eine Initiative gegründet, bestehend aus der Brandenburger Verbraucherzentrale, dem Potsdamer Mieterverein und dem Senior:innenbeirat in Potsdam. Die Mieter:innen erhielten Rechtsbeistand, den Kündigungen wurde widersprochen. Die Stadt hat zwar versucht, einen Rückkauf mit der MK-Kliniken AG zu vereinbaren, aber nichts erreicht.

„Wir brauchen Lösungen für Gesundheits- und Wohlfahrtspflege, für Bildung, Wissenschaft und Sport“

„111 Senior:innen dieser Wohnanlage können ihren Wohnraum verlieren. In Potsdam gibt es kein ausreichendes Angebot an Einrichtungsplätzen oder an bezahlbarem barrierefreien Wohnraum“, beschreibt Sebastian Walter das Problem, für das DIE LINKE dringenden Handlungsbedarf sieht. Deshalb wollte die Fraktion im Landtag auch prüfen lassen, ob das Brandenburger Enteignungsgesetz geändert werden könnte.

Wie zu erwarten kamen die Vorwürfe aus allen Fraktionen. Offenbar lasen viele nur das Wort „Enteignung“, nicht jedoch, was damit im einzelnen gemeint ist. In Thüringen und Bayern gäbe es genau solche Landesregeln, betonte Isabelle Vandrey. In Bayern kann für Vorhaben enteignet werden, „die dem Wohl der Allgemeinheit

im Coronawinter das Mietverhältnis kündigt“, regt sich Walter auf.

Die Idee sei im Übrigen von der Verbraucherzentrale Brandenburg gekommen, eine Anpassung des Enteignungsgesetzes zu überprüfen, betonte Isabelle Vandrey in ihrer Rede, um solche Probleme der öffentlichen Daseinsvorsorge zu lösen. Es könne

nötig sind, spiegeln sich Veränderungen im gesellschaftlichen Zusammenleben wieder und keine politische Nostalgie“, erklärt der ehemalige Brandenburger Wirtschafts- und Energieminister, Ralf Christoffers. Aktuelle Änderungen habe sich in der millionenfachen Zustimmung in Berlin zur Volksinitiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ gezeigt.

Die Enteignungsgesetze von Bund und Ländern leiten sich unmittelbar aus dem Grundgesetz ab. Im Artikel 14 ist geregelt, das zum „Wohle der Allgemeinheit“ Enteignungen zulässig sind. Voraussetzung dafür ist eine gesetzliche Regelung, die „das Wohl der Allgemeinheit“ definiert, Entschädigungen regelt und das Verfahren darstellt. „Enteignungsgesetze sind damit Instrumente, die zum „Wohle der Allgemeinheit“ angewendet werden können“, erläutert Christoffers. Es gäbe noch Sonderregelungen, die z.B. im Straßenbau angewandt werden.

Bodenfonds im Barnim

Aber das „Wohle der Allgemeinheit“ ist natürlich ein sehr dehnbarer Begriff. „Er wird wesentlich durch das öffentliche Interesse ausgedrückt. Was genau das ist, ist immer Ergebnis einer gesellschaftlichen Debatte und unterliegt Veränderungen“, erläutert Christoffers. „Es geht also nicht um Willkürentscheidungen von Personen oder Parteien sondern darum, auf aktuelle Entwicklungen zu reagieren. Gerade in der Pandemie sind Defizite in der öffentlichen Daseinsvorsorge sichtbar geworden. Hier muss etwas getan werden, wenn nötig auch mit Enteignungen“, kommentiert Christoffers. Auch im Barnimer Kreistag hat DIE LINKE bereits einen Antrag eingebracht, einen Bodenfonds zu bilden, um die öffentliche Daseinsvorsorge zu sichern. „Es geht unter anderem um Energieversorgung, um Trinkwasser, um Stabilisierung des Landschaftswasserhaushaltes.

Während der Barnimer Kreistag im Dezember die Prüfung eines Bodenfonds beschlossen hat, lehnte der Landtag den Antrag der LINKEN am 20. Januar ab. „Aber zumindest wurde unser Vorschlag für ein Fachgespräch aufgegriffen“, schloss Isabelle Vandrey die Debatte im Landtag ab. **bc**



dienen.“ Dazu zählen laut bayrischem Enteignungsgesetz Einrichtungen die geschaffen oder geändert werden, die der Gesundheits- oder Wohlfahrtspflege der Körpererächtigung, den Schulen, Hochschulen, der Kultur, Wissenschaft oder Forschung dienen.

Nachdem sich DIE LINKE Vorwürfe anhören musste, sie wolle diktatorische Lösungen, platzte dem Landtagsabgeordneten Ronny Kretschmer der Kragen und er fragte nach, ob also im CSU-regierten Bayern eine Diktatur herrsche. Jedes Land könne selber entscheiden, was es für richtig hält, lautete die Antwort.

Genau das will DIE LINKE auch: Dass Brandenburg prüft und entscheidet, was gute wäre für ein Land, in dem verfügbarer Boden immer knapper wird. „Wir wollen Lösungsvorschläge diskutieren, wie zum Zweck der Gesundheits- und Wohlfahrtspflege, sowie der Bildungs-, Wissenschafts- und Sportinfrastruktur eine Enteignung möglich wäre“, erläutert der Eberswalder Sebastian Walter. Dabei gehe es wirklich um solche menschenunwürdigen Fälle, ansonsten sei Eigentum geschützt. „Aber es ist nicht nachvollziehbar wie ein Konzern, der behauptet, sich dem Wohl von pflegebedürftigen Menschen zu widmen, 111 Senior:innen

aus ihrer Sicht eben nicht nur darum gehen, sich mit den aktuell Betroffenen zu solidarisieren und dann nichts weiter tun zu können. Genau darauf hatte zuvor Sozialministerin Ursula Nonnemacher verwiesen: Dass man eben nichts tun könne. Es ginge nicht um eine genehmigte Altenpflegeeinrichtung, sondern es seien alles private Mietverhältnisse, ihre wirksame Kündigung sei von den Gerichten zu klären.

Deshalb bedarf es nach Auffassung der LINKEN also auch einer rechtlichen Grundlage, um in so einem Fall eine menschliche Lösung zwischen Eigentümer, Mieter:innen und der Kommune herbeizuführen.

Enteignungsgesetz in Brandenburg seit 1992

In Brandenburg gilt seit 1992 ein Enteignungsgesetz. Es regelt den Geltungsbereich, das Verfahren und enthält Sonderregelungen für die Braunkohleförderung. Anwendungsbereiche sind: Schutz der Wälder, Aufgaben in der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft einschließlich der Fischerei, Schutz von Boden, Wasser, Luft, Klima, Landschaft, öffentliche Wärmeversorgung, Bau von Rohrleitungen, Abfallentsorgung. „In der Debatte darüber, wann Enteignungen

Frauen- geschichte(n) Hertha von Guttenberg



Februar

Von Gisela Zimmermann

Hertha Cornilsen wurde am 22.02.1896 in Berlin als Kind wohlhabender Eltern geboren. Mit 12 Jahren kam sie in ein Pensionat. Ihre künstlerischen Neigungen waren schon früh erkennbar. Deshalb besuchte sie ab 1913 eine private Kunstschule. Kunststudien an Akademien waren jungen Frauen damals noch untersagt. Aber dank ihrer Begabung durfte sie dann doch an der Berliner Kunstgewerbeschule studieren, nachdem sie 1917 in einer Steinbildhauwerkstatt gearbeitet hatte. Zu ihren Lehrern gehörten Lovis Corinth, Hans Baluschek und Otto Hitzberger, ein bekannter Holz- und Steinbildhauer, dessen Kunst die Nazis später als »entartet« diffamierten. Hitzberger wies Hertha den Weg zur künstlerischen Erfüllung als Bildhauerin. Während ihrer Studien hatte sie den Botaniker Hermann von Guttenberg kennengelernt. 1922 heirateten sie und gingen nach Rostock, wo er als Professor an der Universität lehrte. In den Sommermonaten war Hertha ab 1924 immer in Ahrenshoop. Sie wurde Mitglied der Vereinigung Rostocker Künstler. Mit ihren lebensnahen Porträts von bekannten Persönlichkeiten wie dem Dirigenten Wilhelm Furtwängler, dem Arzt und Philosoph Albert Schweitzer sowie Rabindranath Tagore, erlangte sie überregionale Bekanntheit, und gehörte zur ersten Reihe der deutschen Bildhauer. So wie ihr Mann ging auch sie auf Distanz zu den Nazis, beide absolvierten eine politische Gratwanderung. Nach 1945 engagierten sie sich für einen demokratischen Neubeginn. Sie war Mitglied der Gesellschaft deutsch-österreichischer Künstlerinnen und des Verbandes bildender Künstler der DDR. Hertha war mit vielen Mecklenburger Künstlern befreundet, z.B. mit Jo Jastram. Sechs Jahre nach dem Tod ihres Mannes zog sie 1975 zu ihrer Tochter nach München, wo sie mit 94 Jahren starb. Ihr ehemaliges Wohnhaus in Ahrenshoop lockt alljährlich viele Besucher an.

Veranstaltung zum Internationalen Frauentag am 8. März „Wir lassen kluge Frauen sprechen“

Bisher ist der Internationale Frauentag am 8. März nur in einem Bundesland Feiertag, in Berlin. 2023 soll auch Mecklenburg-Vorpommern (MV) dazu kommen. Diesen Termin nannte die Fraktionsvorsitzende der LINKEN im dortigen Landtag, Jeanine Rösler, Ende letzten Jahres. SPD und LINKE regieren in MV seit einem Vierteljahr zusammen. Der zusätzliche Feiertag war im Koalitionsvertrag vereinbart worden. Im März 2022 soll nach Angaben von Rösler die notwendige Gesetzesänderung auf den Weg gebracht werden, so dass sich auch Unternehmen und Schulen auf den neuen Feiertag ab 2023 einstellen können.

Das Motto des diesjährigen Frauentages am 8. März lautet „Each for Equal“, „Jede und jeder für Gleichberechtigung“. Dazu wird die Buchhandlung „Schatzinsel“ in Bernau ein Programm anbieten: „Mit Poesie durch den Tag – Wir lassen kluge Frauen sprechen“. „Buchhändler:innen

lesen ab am 8. März ab 10 Uhr stündlich kurze Texte von Mascha Kaleko, Rosa Luxemburg, Bertha von Suttner, Elke Heidenreich, Astrid Lindgren und vielen anderen klugen Frauen“, kündigt Inhaberin Sylvia Pyrlík an. Die Veranstaltung findet unter den dann geltenden Hygieneregeln statt, gegebenenfalls auch im Freien vor der Buchhandlung in der Alten-Gothestraße 2c in Bernau, erläutert die Buchhändlerin.

Vorbereitet wird auch schon der Welttag des Buches. Traditionell findet vom 21. März bis 30. April die



Foto: pixabay

Wundertüten-Spendenaktion statt, ein exklusives Angebot der Buchhandlung „Schatzinsel“. Für nur 3 Euro können Kund:innen in diesem Zeitraum eine dieser literarischen Wundertüten im Buchladen erwerben.

Die Buchhandlung spendet den Erlös dieser Aktion auch in diesem Jahr wieder an einen Barnimer Verein. **bc**

Preisrätsel

Gewinner der November/Dezemberer-Ausgabe: 1 Jahres-Abo „Eulenspiegel“ geht an: R. Hellwig, Biesenthal, das Lösungswort lautete: Gesundheit. **Lösungswort dieser Ausgabe:** Die grau unterlegten Felder benennen ein politisches Reizwort, das

in dieser Ausgabe behandelt wird, **bis zum 10. März 2022** an: Die LINKE Barnim, Redaktion OW, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde oder E-mail: offeneworte@dielinke-barnim.de; **Preis dieser Ausgabe:** 1 Jahres-Abo „Eulenspiegel“. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Waagrecht: 1. Nachlass, 5. Sinnesorgan, 9. Angehöriger eines aktischen Volkes, 10. Nebenfluss d. Donau, 11. Feier, 12. Metallstift, 13. Schweizer Kanton, 16. größte Ethnie in Indien, 17. franz.: Straße, 19. Träger d. Erbinformation, 21. engl.: blau, 23. Poststück, 26. ital. Abschiedsgruß, 28. Gegenteil v. groß, 30. Hauptstadt d. Türkei, 32. engl.: Eisen, 33. dt. Buchstabe, 36. Nachtvogel (Mz.), 37. tier. Gattung, 39. Flüssigkeitsrest, 40. elternloses Kind, 43. Hobelabfall (Mz.), 45. dt. Philosoph, Begründer einer Gesellschaftstheorie (1820-1895), 48. Kunstrichtung, 49. Begründer eines dt. Lebensmittelkonzerns (1862-1918), 52. chem. Verbindung, 55. Teigtreibmittel, 56. Augenflüssigkeit, 58. Vortrag, 60. Zeitabschnitt, 62. medizin. Heilvariante, 64. blütenlose Wasserpflanze, 66. Provinz in Peru, 69. schweizer. Uhrmarke, von Alice Levy 1914 mitentwickelt, 70. eingeeigter Meeresteil, 71. Irland in der Landessprache, 72. Schlagfertigkeit, Witz, 73. selten, 74. Theaterplatz

Senkrecht: 1. Ehrgeiz, 2. die Erste, 3. Osteuropäer, 4. gemein, 5. Klosterfrau, 6. Küchenutensil, 7. bibl. Frauengestalt, 8. Insektenfamilie, 14. lat.: Salz, 15. Stacheltier, 18. Harn, 20. Abk. f. Nationale Klimaschutzinitiative, 21. Riesenschlange, 22. Zarenerlass, 24. weibl. Vorname, 25. Versorgungstruppe, 26. gastronom. Einrichtung, 27. Hahnenfußgewächs, 29. Lebensgemeinschaft, 31. sportl. Wettstreit, 34. Teil d. Verses, 35. Kleiderbesatz, 38. organ. Verbindung, Reservestoff in pflanzl. Zellen, 41. Opferstätte, 42. chem. Element, Nichtmetall, 44. Moralbegriff, 46. großer Bauernhof, 47. Schienentransportwagen, 50. Abk. d. Thüringer Eisenbahn, 51. Rankengewächs, 53. Satz gleicher Gegenstände, 54. DDR-Bluesband, 1975-85 (Angelika Weiz), 56. griech. Naturphilosoph (ca. 624-544 v.u.Z.), 57. Probleme, 59. dt. Artikel, 61. Nebenfluss d. Weser, 62. Bankangebot, 63. Märchenfigur, 65. Zuchtschwein, 67. Ölpflanze, 68. Stück v. etwas

